

Dringliches Postulat Rahel Estermann und Mit. über einen Marschhalt für das Projekt M365 zugunsten von Rechtsstaatlichkeit und digitaler Souveränität

eröffnet am

Der Regierungsrat muss beim Projekt M365 einen Marschhalt einlegen, bevor er wie geplant Daten und Verarbeitungen in die Microsoft-Cloud auslagert. Er muss umfangreiche Abklärungen treffen, welche die Kritikpunkte des Datenschutzbeauftragten und des Kantonsgerichts adressieren, die juristischen und sicherheitstechnischen Risiken mindern und die nötigen Rechtsgrundlagen prüfen. Zudem soll er vor der definitiven Einführung Alternativen zu Microsoft evaluieren.

Begründung:

Der Luzerner Datenschutzbeauftragte wird in seinem Jahresbericht 2024 deutlich: Der Kanton Luzern begibt sich mit seiner Daten-Auslagerung in die M365-Cloud ausserhalb des legalen Bereichs, da er vertrauliche Verwaltungsdaten und besonders schützenswerte Personendaten – beispielsweise Gesundheits-, Steuer- und Sozialhilfedaten, aber auch Daten, welche dem Amts- und Berufsgeheimnis oder anderen Geheimhaltungspflichten aus Verträgen oder Spezialgesetzen unterliegen – in einer amerikanischen Cloud speichern will. Dies ist ein schwerer Eingriff in die Grundrechte, und dies ohne spezifische gesetzliche Grundlage. Auch das Kantonsgericht hat sich vorerst gegen die Einführung von M365 ausgesprochen. Ein interner Sachverständiger, der ebenfalls warnte, wurde freigestellt. Die Einschätzungen dieser Akteure zeigen, dass der Kanton weder juristisch noch bezüglich Sicherheitsvorkehrungen gegen die Risiken für den Wechsel in die Cloud gerüstet ist.

Obwohl das Funktionieren der Luzerner Verwaltung in eine noch grössere Abhängigkeit von einem einzigen amerikanischen Grosskonzern gerät, verzichtete der Kanton darauf, Alternativen zu evaluieren. Es existiert kein Plan B, sollte Microsoft – das am Schluss aufgrund des US-Rechts keine Wahl hat, als America-First-Interessen zu vertreten – sich massiv verteuern, neue Vertragsbedingungen vorgeben oder gar die Leistungen für unseren Kanton einstellen. Eine solche Abhängigkeit ist gefährlich – und kann teuer zu stehen kommen. Nur schon für Microsoft-Lizenzen bezahlt unser Kanton künftig jährlich 5 Mio. Franken. In dieser Situation grosser Abhängigkeit auf das Evaluieren von Alternativen zu verzichten, ist fahrlässig. Es muss deshalb nachgeholt werden und als Grundstein für einen Notfall-Plan-B dienen.

Ein derart grosses Projekt – knapp 28 Mio. Fr., normalerweise unterliegen Projekte dieser Grösse obligatorischen Volksabstimmungen – ohne Rücksicht auf Kritik von Sachverständigen, ohne die Evaluation von Alternativen und ohne demokratische Mitsprache durchzuziehen, erscheint nicht angemessen und nachvollziehbar. Es stehen Grundrechte und die digitale

Souveränität unseres Kantons auf dem Spiel. Es braucht jetzt einen Marschhalt des Projekts für die genannten weiteren Abklärungen, bevor M365 in den nächsten Wochen in die Umsetzungsphase tritt. Während der Zeit der Abklärungen ist das Funktionieren der digitalen Infrastruktur sichergestellt, da die bisherige Lösung ohne Cloud-Funktion weiterhin angeboten wird.